

# Die Extrem-Harmonisierung

Zusatzkosten von 1,5 Milliarden € pro Jahr sind für Marin „kindisch“

VON PATRICIA HALLER

Die Beamten-gewerkschaft hatte gestern Grund zum Jubeln: Die APA hatte Berechnungen veröffentlicht, wonach die Harmonisierung der Pensionssysteme für unter 35-Jährige – bis 2050 Mehrkosten pro Jahr von 1,5 Milliarden Euro verursacht.

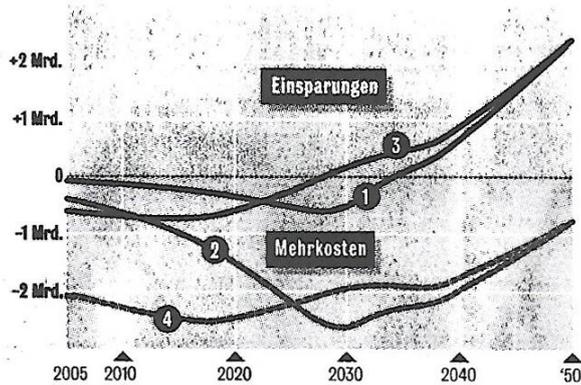
Würden per Stichtag alle Versicherten ins ASVG übergeführt, wie es ÖGB, AK, SPÖ, Grüne und FPÖ wollen, wären die zusätzlichen Aufwendungen noch höher. Laut APA kam ein von der Regierung beauftragter Experte zu dieser Erkenntnis.

**BESTÄTIGT** Wilhelm Molterer, Klubobmann der ÖVP, wusste auf Anfrage des KURIER zwar nicht, wer der Experte ist. Doch die Regierungslinie fand er in der Kalkulation bestätigt. Schließlich gehe es darum, „die Finanzierbarkeit zu betrachten. Der von der ÖVP eingeschlagene Pfad ist der machbarere Weg.“

Zur Rechnung: Erfasst wurden 310.000 öffentlich Bedienstete bei Bund, Ländern, Gemeinden, ÖBB und Post. Angenommen wurde ein gleich bleibender Perso-

## Beamte – Kosten Pensions-Harmonisierung

- 1 Regierungsvariante\* – ohne Dienstgeberbeitrag Bund
- 2 Regierungsvariante\* – mit Dienstgeberbeitrag Bund
- 3 ÖGB-Variante\*\* – ohne Dienstgeberbeitrag Bund
- 4 ÖGB-Variante\*\* – mit Dienstgeberbeitrag Bund



\* Harmonisierung für unter 35jährige Beamte  
 \*\* Alle Beamte wechseln ab bestimmtem Stichtag ins neue System, bereits erworbene Ansprüche bleiben erhalten  
 Grafik: © APA, Quelle: APA

nalstand. Demnach gelten als Kostenfaktoren:

- Senken des Pensionsbeitrages auf 10,25 % wie im ASVG (Beamte: 12,55 bzw. 11,05 %);
- Abfertigungsbeitrag von 1,53 % des Bruttogehaltes;
- Pensionskassenbeitrag von 0,75 % des Gehaltes;
- Dienstgeberbeiträge der

öffentlichen Hand, die bisher nicht bezahlt werden.

Im Büro von Kanzler Schüssel konnte man die Kalkulation nicht nachvollziehen. Die Daten deckten sich nicht mit jenen, die dem Kanzleramt vorlägen.

Unabhängige Experten und Beamte, die seit Wochen emsig rechnen, halten die

Angaben für eine „Extrem-Variante“. Sie gehen von Zusatzkosten aus, die rund ein Drittel der 1,5 Milliarden Euro ausmachen.

Dem Vernehmen nach fehlen nach wie vor die Grundlagen darüber, wie hoch die Pensionskosten und die Personalkosten (nach Alters- und Gehaltsgruppen) der Länder und Gemeinden sind. „Die Länder geben die Zahlen einfach nicht her“, sagt ein Pensionsexperte.

**KINDISCH** „Da wurden alle Forderungen von Lobbyisten der Beamten beziffert. Das ist kindisch und nicht ernst zu nehmen. Da gibt es nicht nur eine Abfertigung, sondern auch gleich eine Pensionskassa. Die Kalkulation lässt vermuten, dass die Regierung gar nicht harmonisieren will“, ärgerte sich Sozialexperte Bernd Marin. Das Einrechnen von Dienstgeberbeiträgen der öffentlichen Hand sei auch falsch. Würden Beiträge bezahlt, „sinkt sofort der Bundeszuschuss zu den Pensionen“.

Molterer sagte gestern, er halte eine Einigung zwischen Regierung und Sozialpartnern im ersten Quartal für „notwendig“.